

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Gerster, Dagmar Freitag,  
Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 17/11320 –**

### **Neue Struktur der Nationalen Anti Doping Agentur schaffen**

#### **A. Problem**

Die finanzielle Situation der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA), deren Ziel der Kampf gegen Doping ist, ist seit Jahren unzulänglich. Sport, Politik und Öffentlichkeit erwarten von der NADA seit ihrer Gründung vor zehn Jahren einen konsequenten, kompetenten und erfolgreichen Kampf gegen Doping im Sport. Zu den Aufgaben der NADA gehören die Durchführung von Dopingkontrollen, das Ergebnis- und Sanktionsmanagement für die Verbände, die Umsetzung des national gültigen Anti-Doping-Codes und eines einheitlichen Dopingkontrollsystems und die Rechtsberatung für Verbände und Aktive. Die Aufgabenbereiche der NADA sind stetig gewachsen. Hinzugekommen sind Präventionsangebote und Schulungen über die Weiterentwicklung des Kontrollsystems, die Zusammenarbeit und Beratung der mit Dopingfragen befassten wissenschaftlichen, politischen und sonstigen Institutionen und Sportorganisationen, die internationale Zusammenarbeit und die Zuarbeit bei der Erstellung der Anti-Doping-Berichte der Sportverbände. Diese Aufgaben sind mit der aktuellen finanziellen und personellen Ausstattung nicht realisierbar.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Kosten wurden nicht erörtert.

**E. Erfüllungsaufwand**

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kosten wurden nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Kosten wurden nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Kosten wurden nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Kosten wurden nicht erörtert.

**F. Weitere Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/11320 abzulehnen.

Berlin, den 30. Januar 2013

### **Der Sportausschuss**

**Dagmar Freitag**  
Vorsitzende

**Klaus Riegert**  
Berichterstatter

**Martin Gerster**  
Berichterstatter

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichterstatter

**Katrin Kunert**  
Berichterstatterin

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Martin Gerster, Dr. Lutz Knopek, Katrin Kunert und Viola von Cramon-Taubadel

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/11320** in seiner 204. Sitzung am 8. November 2012 beraten und an den Sportausschuss zur Beratung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die finanzielle Situation der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) lässt eine verlässliche Bewältigung ihrer umfassenden und vielseitigen Aufgaben in der Bekämpfung des Dopings nicht zu. Bei der Gründung der NADA war geplant gewesen, die Finanzierung durch Sport, Wirtschaft, Bund und Länder in einem Stakeholder-Modell zu gewährleisten. Da sich nach wie vor alle Stakeholder mit Ausnahme des Bundes nur in unzureichender Weise engagieren, muss dieses Finanzierungs- und Organisationsmodell als gescheitert angesehen werden. Bundesländer, Wirtschaft und Sportverbände sind ihrer finanziellen Verantwortung für einen sauberen Sport nicht gerecht geworden, so dass der mit Abstand größte Teil der Finanzierung durch den Bund erbracht werden musste. Doch auch die Mittel des Bundes sind von der derzeitigen Bundesregierung gekürzt worden, so dass nur durch zusätzliche Mittel, die im Rahmen der Haushaltsberatungen nachträglich eingestellt wurden, der geordnete Betrieb der NADA für 2013 aufrecht erhalten werden kann. Eine glaubwürdige Dopingbekämpfung kann nur von einer starken, unabhängigen und finanziell dauerhaft auf sicheren Füßen stehenden NADA geführt werden. Daher wird die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission gefordert, die Vorschläge für eine neue Träger- und Finanzierungsstruktur der NADA erarbeitet.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die Vorlage wurde nicht zur Mitberatung an weitere Ausschüsse überwiesen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 68. Sitzung am 16. Januar 2013 und in seiner 69. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** und die **Fraktion der FDP** erklärten, dass der Antrag der Fraktion der SPD unsachgemäß die Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur Deutschland (NADA) mit der grundsätzlichen Frage nach dessen Struktur bzw. Rechtsform verknüpft. Die NADA wurde 2002 als Stiftung in Bonn gegründet, um eine größtmögliche Unabhängigkeit gegenüber externen Einflüssen zu gewährleisten. Hinsichtlich der Finanzierung wurde mit der Gründung als Stiftung das „Stakeholder-Modell“ etabliert. Hiernach sind für die NADA-Finanzierung der Bund, die Bundesländer, der organisierte Sport sowie die Wirtschaft verantwortlich. Entgegen dieser Zusage hat sich in der Ver-

gangenheit jedoch allein der Bund weit überproportional an den Kosten der NADA beteiligt. Demnach stammen mehr als 11 Mio. Euro (des ca. 13 Mio. Euro umfassenden) Stiftungskapitals der NADA aus Bundesmitteln. Auch in Blick auf das operative Geschäft der NADA leistet der Bund den größten Beitrag. Bei den Haushaltsberatungen 2012/2013 hat sich die Koalition (im Sinne einer einmaligen Zwischenlösung) erneut für einen kurzfristigen Ausgleich einer Finanzierungslücke der NADA von 1 Mio. Euro eingesetzt. Mit wenigen Ausnahmen haben vor allem die Bundesländer ihre Zusagen bezüglich der NADA-Finanzierung nicht eingehalten. Im Gegensatz zur eindimensionalen Forderung der Fraktion der SPD sollen dahingehend die Bundesländer ihrer Verantwortung gerecht werden und sich z. B. über die künftigen Einnahmen aus dem Glückspiel bzw. den Sportwetten an der NADA-Finanzierung beteiligen. Im Rahmen des Rennwett- und Lotteriegengesetzes bzw. des Glücksspielstaatsvertrages haben sich der Bund und die Bundesländer hierfür bereits ausgesprochen. Der Antrag der Fraktion der SPD mit der Forderung, eine Expertenkommission für die Entwicklung alternativer NADA-Strukturmodelle einzurichten, zeugt indes von eigener Perspektivlosigkeit. Nicht eine neue Struktur der NADA zählt zu den künftigen Herausforderungen des Anti-Doping-Kampfes, sondern eine solide Finanzierung unter angemessener Beteiligung der (vielfach SPD-geführten) Bundesländer.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass zu den Aufgaben der NADA neben der Prävention auch die Umsetzung des national gültigen Anti-Doping-Codes und eines einheitlichen Dopingkontrollsystems, die Rechtsberatung für Verbände und Aktive sowie ein Ergebnis- und Sanktionsmanagement gehören. Seit Jahren ist die finanzielle Situation der NADA unzulänglich. Auch der vom Bundesminister des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich im Februar 2012 einberufene „Runde Tisch“ zur Lösung der Finanzierungsprobleme brachte keine zufriedenstellenden Ergebnisse. Da die jetzige sogenannte Stakeholder-Struktur (Bund, Länder, Sport, Wirtschaft) ganz offensichtlich keine nachhaltige Finanzierung der NADA bringt, wird gefordert, in eine Diskussion über Alternativmodelle einzutreten. Hierzu bedarf es der Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission, die unvoreingenommen verschiedene Varianten erarbeiten und präsentieren soll. In öffentlichen Stellungnahmen, im Sportausschuss sowie in der 1. Lesung im Plenum zur Struktur der NADA bestritten Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie die Bundesregierung die Notwendigkeit der Ausarbeitung von Alternativen. Im Haushaltsausschuss hat die Fraktion der CDU/CSU jedoch bei den Etatberatungen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich unmissverständlich aufgefordert, Alternativen zur jetzigen Stakeholder-Struktur bis zu den nächsten Haushaltsberatungen vorzulegen.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstützt grundsätzlich die Forderung nach einem effizienten Antidopingkampf und der sich daraus ergebenden herausragenden Rolle der NADA. Die Situation der NADA in Bezug auf Ziele, Aufgaben und

Finanzierungssituation wird zutreffend beschrieben. Das jährliche Ringen um eine sichere Finanzierung der NADA für das Folgejahr beanstandet DIE LINKE. ebenso wie die Antragstellerin. Die Einsetzung einer Expertenkommission, die den Ist-Zustand bewertet und Veränderungsvorschläge erarbeitet, ist grundsätzlich sinnvoll. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass der Antrag keine konkreten Vorschläge beinhaltet. Anstatt Ideen für eine neue Struktur zu entwickeln, wird lediglich die Einsetzung einer Expertenkommission gefordert, die ihrerseits Vorschläge für eine neue Finanz- und Trägerstruktur erarbeiten soll. Der zugrunde liegende Antrag der Fraktion der SPD muss daher konkretisiert werden, in welchem Zeitfenster diese Expertenkommission ihre Arbeit vollenden soll, bis wann die Ergebnisse ausgewertet und Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen. Außerdem ist dringend festzulegen, aus welchen Experten sich diese Kommission zusammensetzen soll. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. macht es wenig Sinn, diejenigen als Experten zu benennen, die in der Vergangenheit bereits in Gremien der NADA vertreten waren. Die Gewährleistung von Unabhängigkeit und Aussicht auf Erfolg würden eher gewährleistet werden, wenn auch externer Sachverstand herangezogen wird. Die Fraktion DIE LINKE. legte daher einen Änderungsantrag zum Antrag 17/11320 vor, der als Ausschussdrucksache 17(5)174 in die Beratung einbezogen wurde. Sie beantragte, den Forderungsteil wie folgt zu ändern:

*II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,*

- 1. eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die bis zum 30.06.2013 Vorschläge für eine neue Träger- und Finanzierungsstruktur der NADA erarbeitet,*
- 2. die Ergebnisse der Expertenkommission innerhalb von drei Monaten auszuwerten und umgehend geeignete Maßnahmen zur Umsetzung derselben zu ergreifen,*
- 3. als Mitglieder der Expertenkommission zu berufen: Prof. Dieter Rössner (Universität Marburg), Vertreter NADA Frankreich, Dr. Helmut Pabst (ehem. Inhaber der Firma*

*pwc Medizinische Testverfahren im Sport), Vertreter der Athletenkommission, Verbandsvertreter Olympischer Sommersport, Verbandsvertreter Olympischer Wintersport, Vertreter Olympiastützpunkt, Deutsche Sportjugend, Vertreter Eliteschulen des Sports, Vertreter Schwerpunkstaatsanwaltschaft Doping, Vertreter DFB.*

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte die Auffassung, dass es sich bei den vorliegenden Problemen der NADA um strukturelle Probleme handele. Es sei kein Angriff auf die Unabhängigkeit der NADA, wenn man – wie von der antragstellenden Fraktion genannt – Veränderungen fordere. Die Einrichtung einer Expertenkommission komme dabei als eine Maßnahme in Betracht. Maßgeblich zur Lösung der Probleme der NADA sei jedoch eine verlässliche Finanzierung.

Der Deutsche Bundestag habe 2002 mit breiter Mehrheit die Gründung der NADA unterstützt und finanziell gefördert. Grundsätzlich stimme man daher der immer wiederkehrenden Forderung zu, dass sich die Bundesländer stärker an der Finanzausstattung der NADA beteiligen sollen. Das Bundesministerium des Innern hätte jedoch seit Bekanntwerden der Finanzlücke im Jahre 2008 versäumt, mehr von den Ländern einzufordern.

Des Weiteren wurde ausgeführt, dass die Spitzensportförderung in der Verantwortung des Bundes liege. Daher wäre es auch politisch möglich gewesen, die in den letzten Haushaltsberatungen zusätzlich für die Verbändeförderung bereitgestellten 2 Mio. Euro der NADA zukommen zu lassen. Das habe die Koalition nicht getan, sondern im Gegenteil sogar noch bei der Trainerförderung gekürzt.

Abschließend wurde daran erinnert, dass in den Haushaltsberatungen ein grüner Vorschlag vorgelegt wurde, der durch eine Umverteilung innerhalb der Spitzensportförderung mehr als 5 Mio. Euro jährlich für die Dopingbekämpfung erzielt hätte.

Berlin, den 30. Januar 2013

**Klaus Riegert**  
Berichtersteller

**Martin Gerster**  
Berichtersteller

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichtersteller

**Katrin Kunert**  
Berichterstellerin

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstellerin





